

Herbstmesse 1932
wirtschaftlichen
Politische und
den hier und da
ungsgeist. Trotz
ist still und ge
entlich die ameri
als zur Herbst
n oberflächlicher
besonderer Art

Die amerikanischen Bankgläubiger Deutschlands haben den Zinsfuß für 200 Millionen Dollar von insgesamt 400 Millionen Dollar kurzfristiger Kredite von 6 u. 5 auf 5 u. 5 herabgesetzt.

In dieser schweren Zeit der Not und Arbeitslosigkeit kein Interesse daran haben, daß Betriebe geschlossen bleiben, nur weil sie nach den tariflichen Löhnen nicht mit auch nur begehbarer Rentabilität zu arbeiten vermögen. Andererseits darf man natürlich nicht übersehen, daß die Löhne doch schon in den letzten zwei Jahren wiederholt herabgesetzt worden sind. Zur Beleuchtung der Lage, wie sie die Arbeiterfrage sieht, entnehmen wir einer uns zugegangenen Zuschrift, die die Verhältnisse in einem bestimmten, etwa 60 000 Arbeiter beschäftigenden Industriezweig berücksichtigt, folgende Gedanken über die Auswirkungen der Tarifauflösung:

Ein Hilfsarbeiter mit vier Kindern verdient bei 48 Stunden (48 Stunden) in der Woche einschließlich Sozialzulage 25,88 Mk. Bruttolohn in der ersten Lohnklasse. Nach Abzug der Beiträge der Sozialversicherung bleiben ihm noch etwa 23,- Mk. Nach Abzug der Abgaben für Miete, Wasser und Heizung verbleiben noch 17,- bis 18,- Mk. pro Woche. Davon muß der Arbeiter sechs Personen ernähren und bestreiten, und dafür verbleibt ihm noch pro Person und Tag ein Aufwand von 45 Pf. Das damit auch die primitivste Lebenshaltung kaum bestritten werden kann, ist leicht einzusehen. Wenn wir aus dieser Industrie nun nicht den Hilfsarbeiter, sondern den Facharbeiter nehmen, dann ergibt sich bei gleichem Familienstand ein pro Tag zur Verfügung stehender Betrag von 55-60 Pf. pro Person. Das solche Lebenshaltungsmöglichkeit durch Notverordnung nicht noch untergraben werden darf, wird jedermann zugeben müssen. Noch eine andere Frage: Soll die Unterbrechung des Tariflohnes auch bei Kurzarbeit in Betracht kommen? Die durchschnittliche Arbeitszeit in dieser Industrie beträgt etwa 40 Stunden. Das bedeutet schon mehr als eine 20-prozentige Einbuße des Arbeitseinkommens gegenüber der vollen Beschäftigung. Wenn jedoch eine solche tarifliche Unterbrechung nur bei Kurzarbeit zugeordnet würde, darf dann ein solcher Betrieb später nicht mehr von der Kurzarbeit Gebrauch machen? Wenn die Betriebe aber erst nach Abschaffung von der Tariflohnsetzung Gebrauch machen, und dann noch Kurzarbeit einführen dürfen, so würde die Arbeiterfrage auch dann wieder doppelt von der Lohnsetzung betroffen werden. Ist für solche Betriebe, wenn sie von der Lohnsetzung Gebrauch machen, neben dem Gebot der Neueinstellung ein Verbot der Kurzarbeit möglich?

Außer diesen besorgten Fragen gibt es auch noch andere, über die man noch Klarheit gewinnen muß. Wie wird z. B. verhindert, daß ein Unternehmer, um später subventionierte Arbeitskräfte einstellen zu können, rasch noch Entlassungen vornimmt? Wenn ein Unternehmer seinen alten Arbeitsstamm gehalten hat, während ein anderer struppeliger bei den Entlassungen vorging — wie wird dann für Gerechtigkeit gesorgt? Wenn ein Unternehmer auch künftig nur mit großer Mühe Entlassungen verhindern kann — soll ihm dann nicht geholfen werden und wie wird verhindert, daß er in Nachteil gerät gegenüber demjenigen, der z. B. mit Hilfe der Steuerbefreiung eine stillgelegte Fabrik neu eröffnet? Wie soll überhaupt der Abwanderung aus gut beschäftigten in bläher schlecht beschäftigte, weil minder rentable Betriebe vorgebeugt werden? So gibt es von Arbeitsgeber- und Arbeitnehmerseite viele Fragen des Zweifels und der Sorge, über die noch Klarheit geschaffen werden muß. Trotz allem aber bleibt anzuerkennen, daß das Wirtschaftsprogramm das Sprungbrett in eine bessere Zeit als die heutige abgeben kann.

Die politische Seite.

Der wirtschaftsprogramatische Teil der Sonntagsrede von Papens hat in der bürgerlichen Presse ziemlich weitgehende Zustimmung gefunden, wiewohl auch viele Fragen und Zweifel geäußert werden. Schroffe Ablehnung begegnet dagegen dem Kanzler in den Blättern der drei sozialistischen Parteien, wobei in den sozialdemokratischen und kommunistischen Organen die beabsichtigten Eingriffe in das Tarifrecht den Zorn der Kritik bestimmen, während in der nationalsozialistischen Presse der Widerspruch aus politischen Gründen überwiegt. Das politische Bedenken an den Auffassungen des Reichskanzlers kann aber auch in verfassungsrechtlichen Kreisen nicht übersehen werden. Darum ist auch die Zentrumsfraktion des Reichstags, wie wir an anderer Stelle mitteilen, beim Aufrechterhalten seiner Staatsführung hinterarbeitenden Kanzler mit klaren Worten entgegengetreten. Auch wer, wie es ohne Frage unter den westfälischen Bauern in Münster der Fall war, Herrn von Papens starke Sympathien entgegenbringt, kann doch die Konsequenzen nicht unbeachtet lassen, die darin liegt, daß er heute gegen das Zentrum Vorwürfe erhebt, weil es sich bemüht, mit den Nationalsozialisten eine verfassungsmäßige Parlamentsmehrheit festzustellen, gegen das Zentrum, dem er vor drei Monaten noch zum Vorwurf machte, daß es mit diesen Leuten

nicht zusammenzulegen, weil sich im Reichstag noch eine ausreichende Mehrheit für Brüning hielt, bei der man die Nationalsozialisten nicht nötig hatte. Heute sieht Herr von Papens diese „aufbauwilligen Kräfte“ nicht mehr, weil sie ihn nicht mögen, aber was berechtigt ihn dazu, deswegen das Zentrum zu tadeln, das ihre Aufbauwilligkeit erproben will? Auch kann man nicht unbeachtet lassen, daß derselbe Kanzler, der den alten Reichstag aufgelöst hat, weil er der Volksstimmung nicht mehr entsprach, jetzt den neuen Reichstag, der der Volksstimmung entspricht, auflösen will, weil er selbst in ihm keine Mehrheit findet. Eine Auflösung aus diesem persönlichen Grunde würde, sofern sich für eine andere Regierung eine Mehrheit finden sollte, und es

Einzelheiten zum Wirtschaftsprogramm.

Keine Inflationsgefahr.

— Berlin, 29. August.

Ueber das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung erfahren wir von unterrichteter Seite noch folgende Einzelheiten: Das Zentralproblem für alle wirtschaftlichen Überlegungen der Gegenwart ist die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung geworden. Es geht heute darum, möglichst alles, was bis heute auf dem Arbeitsmarkt noch gelegen hat, wieder in den Wirtschaftsprozess einzuflechten. Bei den sachlichen und sehr vorzuziehenden Überlegungen über dieses Problem, die schon seit zwei Jahren, angefangen von der Braunkohlenkommission, gepflogen worden sind, hat sich gezeigt, daß es nicht möglich ist, der Arbeitslosigkeit allein mit den bisher angewandten Mitteln, nämlich mit Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffungsprogrammen zu begegnen. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme und die Notstandsarbeiten sollen zwar durchaus nicht aufgegeben werden, doch genügen sie allein nicht. Es muß mehr geschehen, um das Uebel der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Überlegungen der Reichsregierung gehen davon aus, daß man die Arbeitslosigkeit aus der Privatwirtschaft heraus zu bekämpfen suchen muß. Das hat dazu geführt, daß die Reichsregierung zu der Erkenntnis gekommen ist, daß sie die Privatwirtschaft stärken muß. Solange die Krise noch im Wachen begriffen ist, solange hat es keinen Wert, die Wirtschaft zu veranlassen, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Ganz besonders gilt das für die Zeit der Deflation; denn die Ausgaben lassen sich nicht so schnell senken wie die Einnahmen. Von dieser Tatsache gehen die Rahmungsbedingungen aus, die parallel einer Deflationstribe bemerkt werden.

Wenn man nun der Meinung ist, daß der längste Teil des Weges durch die Krise zurückgelegt ist, dann darf man daraus den Glauben schöpfen, daß wieder eine Belebung der Privatwirtschaft einleiten wird, ja, sogar, daß die Weltwirtschaft sich wieder beleben wird.

In einem solchen Moment ist es gerechtfertigt, daß auch die Privatwirtschaft, wenn ihr die Möglichkeit dazu gegeben wird, anders daran reagieren wird, als das in einem früheren Zeitpunkt der Fall gewesen wäre. Aus diesem Grunde wird der Versuch gemacht, die Privatwirtschaft in den Stand zu setzen, in Zukunft anders zu disponieren als bisher und dadurch den Anstoß an die Belebung der Weltwirtschaft überhaupt zu finden. Seit zwei bis zweieinhalb Jahren haben wir es in breiten Schichten der Wirtschaft mit Zurückstellung der Arbeiten für die Erhaltung der Betriebe zu tun. Diese Dinge müssen jetzt nachgeholt werden, weil zum Beginn des Wiederaufbaus der Gesamtwirtschaft der Produktionsapparat in Ordnung sein muß.

Ferner ist die Beobachtung zu machen, daß in einem gewissen Teil der Wirtschaft die Lagerbestände schon ganz außerordentlich niedrig sind. Aus hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer Beschäftigung weiterer Arbeitskräfte im Falle des Aufschwungs. Für diese Belebung der Wirtschaft muß man einen Einsatz wagen, der genügend groß ist. Er ist in einer Größe von 2 bis 2,2 Milliarden aufgestellt worden, aufgeteilt in zwei Teile zu 700 Millionen und 1,5 Milliarden Mark.

Die 700 Millionen Mark stellen eine Prämie auf die Mehrbeschäftigung von Arbeitern dar. Diese Prämie beträgt, wie bereits bekannt,

pro Kopf des Arbeiters 400 Mark im Jahre oder vierteljährlich 100 Mark. Die Prämie hat die Wirkung, die öffentlichen Haushalte von den Kosten für die Arbeitslosen zu entlasten, für den einzelnen Arbeiter gerechnet um einen Betrag, der größer ist als 400 Mark.

Umso mehr man von diesem Gelde ausübt, umso größeres Anwachsen des Wirtschaftsvolumens ist zu erwarten. Wenn die Entlastung auf diesem Wege herbeigeführt wird, kommt sie in erster Linie den Gemeinden zugute, in denen die Wohlfahrtskassen unmittelbar verkleinert werden.

Der Einsatz des anderen Teiles des Betrages in Höhe von 1,5 Milliarden Mark soll in der Form erfolgen, daß für die nächsten 12 Monate, in dem Maße, als gewisse Steuern fließen, auf diese Steuern Anrechnungscheine gegeben werden. Bei den Steuerarten handelt es sich um die Umsatz-, Gewerbe-, Grundvermögens- und Einkommensteuer, die entweder in monatliche oder vierteljährliche Abstände (Anrechnungscheine) geteilt werden. Doch sind die Ermäßigungen über die Unterstellung noch nicht abgeschlossen. Jeder, der zu einer dieser Steuern verpflichtet ist, muß sie in der Veranlagungsperiode zahlen; er bekommt jedoch in dem Maße, wie eine Erleichterung vorgeht, einen Steueranrechnungschein, z. B. bei der Umsatzsteuer, die jetzt mit 2 Prozent erhoben wird, handelt es sich um Anrechnungscheine, die die Hälfte der gezahlten Summe betragen.

Die Steueranrechnungscheine können in jeder Weise auf normalen Wege zur Kreditbeschaffung und Liquidationshilfe verwendet werden. Sie können aber auch zur Bezahlung von Steuern verwandt werden und zwar in den Jahren 1934 bis 1938 jährlich mit 20 Prozent.

Die Auswahl der Steuerarten ist nach dem Gesichtspunkt erfolgt, daß eine Erleichterung geschaffen werden soll bei den Steuern, die unmittelbar auf dem Produktionsprozess ruhen. Die Einkommensteuer konnte für diese Art der Steuererleichterung nicht in Betracht kommen.

Wie von unterrichteter Seite weiter verlautet, hat der Reichsbankpräsident erklärt, daß die Steueranrechnungscheine nach der Bombardierungsseite genau so behandelt werden, wie andere Papiere.

Die Höhe der Bombardierungsleistung hängt natürlich mit der Bewertung durch den Markt zusammen. Aber der innere Wert der Papiere liegt ja fest, weil man weiß, zu welchem Betrage das Reich sie unter allen Umständen in Zahlung nimmt. Selbstverständlich hat sich die Reichsregierung bei ihren Überlegungen auch mit der Frage beschäftigt, wie weit die künftigen Einnahmen aus einem Steuerausfall betroffen werden können. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Beschäftigungsprämie von 700 Millionen praktisch nichts kostet, weil ja ein noch größerer Betrag fortfällt, der jetzt für die Arbeitslosenhilfe ausgegeben wird. Rechnet man so, so beträgt der Anstoß in den nächsten Jahren 300 Millionen plus Zinsen; aber auch selbst dann, wenn man diesen Anstoß beilegte, würde die obere Grenze nur auf etwas über 400 Millionen liegen.

Was nun die Auswirkungen auf die Unterbrechung der Produktion anlangt, so wird man nach Ansicht der unterrichteten Stellen einen Uebersturz nach etwa vier bis fünf Monaten haben, während die Wirkung auf den Arbeitsmarkt schon früher zu verspüren sein wird.

Wie der Reichskanzler bereits mitgeteilt hat, soll ferner unter prinzipieller Beibehaltung der laufenden Tarifverträge eine gewisse Elastizität in der Tarifgebahrung eingeführt werden.

Die Höhe bis zur 30. Arbeitswoche der Woche bleiben in der bisherigen Höhe bestehen, während bei Neuverstellung von Arbeitsverträgen die Löhne zwischen der 30. und 40. Arbeitswoche eine gewisse Ermäßigung erfahren können. Insgesamt wird im Durchschnitt eine Ermäßigung von 12 1/2 Prozent eintreten.

Voraussetzung dafür ist, daß die Gesamtlohnsumme des Betriebes steigt. Durch diese Bestimmung soll gleichzeitig ein indirekter Druck in Richtung einer Arbeitszeitverkürzung ausgeübt werden. Hervorzuheben ist, daß diese Maßnahmen zunächst nur bis zum 30. März 1933 dauern sollen.

Die Hauszinssteuer wird in die Ermäßigung durch die Steueranrechnungscheine nicht einbezogen.

weil die Reichsregierung bei der gegenwärtigen Konstellation dieser Steuern keinen Weg dazu sah. Ein großer Teil der Hauszinssteuerpflichtigen hat die Kapitalbelastung auf sich genommen, zahlte also keine Hauszinssteuer mehr. Die Reichsregierung ist aber mit Überlegungen beschäftigt, die auch bei der Hauszinssteuer eine Erleichterung bringen sollen. Von unterrichteter Seite wird übrigens noch mit Nachdruck unterstrichen, daß die Steueranrechnungscheine nicht das geringste mit Inflation zu tun haben. Männer, wie der Reichsfinanzminister und der Reichsbankpräsident, bürgen schon von sich aus dafür; denn gerade sie haben jeden betriebligen Gedanken immer in der allergrößten Weise befeuert. Eine Inflation kann davon ausgehen, daß die Haushalte nicht in Ordnung sind. Die Maßnahmen der Reichsregierung haben aber ausdrücklich den Sinn, sie noch

stabiler zu machen, und schließlich nehmen die Steueranrechnungscheine ja nur die Liquidität des Marktes in Anspruch, die übrigens bekanntlich augenblicklich recht groß ist.

Preussische Koalitionsverhandlungen gehen weiter.

— Berlin, 29. August.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages trat am Montagabend zu einer Sitzung zusammen, in der vor allem auch die Koalitions-politische Lage in Preußen erörtert wurde. Abgeordneter Dr. Graf berichtete über den Stand der mit den Nationalsozialisten geführten Koalitionsverhandlungen, die entgegen der ursprünglichen Annahme am Montag noch nicht zum Abschluß kamen, vielmehr am Dienstag fortgesetzt werden sollen. Die Verhandlungen der Zentrumsfraktion soll gleichfalls am Dienstag weitergehen. Beschlüsse wurden bisher nicht gefaßt.

Reichsleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus verhaftet.

— Stuttgart, 29. August.

Der ehemalige Bezirksleiter der KPD in Württemberg, Schaller, der in seiner Eigenschaft als Reichsleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus vorübergehend in Stuttgart weilte, ist am Sonntagnachmittag verhaftet worden. Ueber die Gründe der Verhaftung war keine Auskunft zu erlangen.

Deutscher Forscher aus der Wüste Sobi zurück.

— Berlin, 29. August.

Nach mehrjährigem Aufenthalt in Zentralafrika, wo er im Rahmen der großen Expedition Dr. Sven Hedin gearbeitet hat, kehrt Dr. Waldemar Haube vom preussischen meteorologischen Observatorium in die Heimat zurück. Dr. Haube hat als erster in dem ungeheuren Steppen- und Wüstengebiet des afrikanischen Kontinents systematische Wetter- und Klimaforssungen betrieben. Er hat dort die erste meteorologische Beobachtungsstation eingerichtet, die er persönlich herangebildet hat. Der Forscher und seine Mitarbeiter haben oft unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten müssen. Mehr als einmal wurde die eine oder andere Station von Räubern bedroht. Bei den ungeheuren Entfernungen kam es häufig vor, daß ein Beobachter monatelang keine Verbindung mit der Außenwelt hatte. In einer dieser Stationen hat sich sogar eine Tragödie abgespielt. Am Elfen-Gol, wo der deutsche Major Zimmermann, der Schwede Georg Söderbom und der chinesische Student Ma arbeiteten, wurde der Chineser plötzlich wahnsinnig, erschlug seinen Diener und tötete sich dann selbst.

Dr. Haube hat reiche wissenschaftliche Ausbeute mitgebracht; er glaubt festgestellt zu haben, daß das Klima Zentralafrikas sich jedenfalls in historischer Zeit nicht geändert hat und von einer allmählichen „Ausroddung“ Mittelafrikas wohl kaum die Rede sein kann. Dr. Haube berichtet, daß verschiedene andere Expeditionen der Sven Hedin-Expedition in letzter Zeit außerordentliche Erfolge erzielt haben. So konnte der Geologe Dr. Fritz Höner die Spuren eines Sees entdecken, der eine Ausdehnung von 150 mal 180 Kilometer gehabt haben muß.

Auf der Straße erschossen.

— (Swinemünde, 29. August.)

Am Swinemünder Kranfahaus fand am Sonntagmittag der 28. Jahre alte Hotelbesitzer John Edwin Thoms an einer schweren Schlagverletzung, die ihm in der Nacht zum Sonntag von unbekannten Tätern beigebracht wurde. Die Einzelheiten des Vorfalls sind noch nicht geklärt. Die Leiche des Erschossenen wurde beiseitegenommen. Möglicherweise kommen politische Gründe für den Mord in Betracht, da Thoms als SA-Führer bekannt war.

Zwölf Kinder im Wohlfahrtsamt abgesetzt.

— (Hildesheim, 29. August.)

Bei der Auszahlung der neuen gestifteten Unterhaltungscheine an die hiesigen Wohlfahrtsverbände machte sich unter den Empfängern große Unruhe bemerkbar. Es kam zu Unmuthen vor dem Wohlfahrtsamt, die ein politisches Eingreifen erforderlich. Später begaben sich einige Frauen von Erwerbslosen in das Gebäude des Wohlfahrtsamtes und setzten dort ihre Kinder ab mit der Erklärung, daß sie diese bei den Unterhaltungsstellen nicht mehr ernähren könnten. Im ganzen blieben 12 Kinder auf dem Wohlfahrtsamt, deren Mütter sich schnell wieder entfernt hatten. Acht Kinder konnten ihren Eltern wieder zugeführt werden. Die übrigen vier wurden vorläufig in das Kinderheim gebracht.

„Graf Zeppelin“ wieder unterwegs.

— (Freiburg, 29. August.)

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh um 6 Uhr mit Dr. Essener und sechs Passagieren an Bord zur Fahrt nach Südamerika aufgebrochen.

Seeschiffahrtstreik in Holland?

— (Rotterdam, 29. August.)

Da der bisher in Geltung befindliche Vertrag für das Personal der Seeschiffahrt seit einiger Zeit abgelaufen und bisher noch kein neues Abkommen zustande gekommen ist, scheint es, daß es bereits morgen zu einem großen Streik in der holländischen Seeschiffahrt kommen wird. Auf das bis heute mittags um 3 Uhr befristete letzte Ultimatum des Zentralen Bundes der Transportarbeiter und der Zentrale der Kaufmannschaft für Seeschiffahrt ist keine Antwort erteilt worden.

130 000 englische Textilarbeiter im Streik.

— (Manchester, 29. August.)

Während des Wochenendes verhandelten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Textilindustrie in den einzelnen Betrieben mit dem Ergebnis, daß heute eine Anzahl Fabriken wie gewöhnlich eröffnet wurden. In einigen Fällen einigte man sich endlich über die Lohnentlagen, in anderen Fällen liegen die Arbeitgeber die Mitteilung über die Lohnentlagen nicht an. Die Gewerkschaften rechnen für heute mit 130 000 Streikenden.

Der mandschurische Zankapfel.

Der chinesische Außenminister gegen die japanischen Bestrebungen.

— Peking, 29. August.

Der chinesische Außenminister erklärte zu der kürzlich vom Grafen Uchida in Tokio gemachten Ausführungen über die japanische Politik in der Mandschurei, es werde in der Mandschurei keinen Frieden und keinen Wohlstand geben, solange nicht alle japanischen Truppen zurückgezogen seien. Zu dem Beschluß Japans, den mandschurischen Staat anerkennen und eine Armee in der Mandschurei zu lassen, erklärte der chinesische Außenminister, von Japan allein hänge die Wiederherstellung und Verbesserung der chinesisch-japanischen Beziehungen ab. China werde niemals einen Fußbreit Boden oder irgend ein Souveränitätsrecht unter bewaffnetem Zwang abtreten. Es sei entsetzlich, diesem Zwang mit allen Kräften zu widerstehen. China werde niemals einer Lösung der gegenwärtigen Lage zustimmen, die den künftigen Mandschuo-Staat bedroht.

Entsendung einer japanischen „Friedensmission“ nach Amerika.

— Tokio, 29. August.

Anfolge der gespannten Lage zwischen Amerika und Japan hat die japanische Regierung beschlossen, den Admiral Nomura, der den Oberbefehl über die japanische Flotte während der Schanghaier

Munitionslager in die Luft geflogen.

— Peking, 29. August.

Das chinesische Munitionslager in Tsojen wurde am Sonntag durch die Brandbombe eines japanischen Flugzeuges in Brand gesetzt. Eine furchtbare Explosion zerstörte alle in weitem Umkreis liegenden Gebäude. Die Zahl der Todesopfer ist groß.

Schwere Kämpfe in Mukden.

— Mukden, 29. August.

Starke chinesische Abteilungen unternahmen in den frühen Morgenstunden einen Angriff, der zu schweren Kämpfen in der Stadt selbst und ihrer Umgebung führte. Tanks und alle verfügbaren japanischen Truppen, Panzer und Panzer wurden eingesetzt. Angriffsziele der Chinesen waren u. a. der japanische Flugzeughafen, die Festung und das Arsenal. Im Flugzeughafen brach eine Feuerbombe aus. Einige Flugzeuge sind verbrannt. Es gelang den Japanern, die chinesischen Truppen wieder aus Mukden zu verdrängen.

Auf dem B. Straße in Witt Invalide M. Mannbruch 6 einem vorbeif. V. wurde der dem Marienho

Eine Schwa nter vom hiesi nahm, hatte v springe rafte de darauf gegen e Benjantant des in Brand gerie pferdt vor der wunden, an der fahrs im Kro der übrigen 3

In der Bau Gutsbesitzer M. Auseinandergei ten hatte. M. mit einer Rebu war und Klage Tage vor Ablo Schmeizer aber von ihm die M haltung des bis Standpunkt ver gefaßt zwischen der falschen Erle er einen Sessei einfüg. Diee gendes Schlachf Leib. Schon na nen schweren 3

Nach Genu

Bei mehrere der Stollbergz Buttermilch Ueberführung U. nennig machten. einigen Tagen mitlenmilchlebe

Eine Kontor mer Geschäftsa überfallen. Die stelte und raub

Statt R

Einen sonder die Polgel in t Emmericher Ra widelt ist. Bei

Au Sindenburg

Anfänglich de nen außerordent den Bauernver den Reichspräsi folgenden Inhalt

Die au vereinten W eins find m rungen des Reichstanzler rüne nach Ezzellens p und Vertrau zu Deutschla Präsident.

Der Reichsprä „An Brä vereint. Den des Reichst übermittelte aufbauliche besonders t Grähen ses

Sein Sibun

Das münkte zweiten Sitzung Saden, und aw Rükler, die als Vorgänge im Ju Prinzipalmarkt a Sade hat sich von mehreren iur rick verbißt von Barrikade erlich den Bekker am kommt eine U Väter aus 2 zur Verhandlung

Δ Münster. Reichsmoneopolen nanten hat den deutschen Spirit Münster, erneut auszuheilen bei Wienede gebrt Jahren an.

Δ Münster. gefundene Tote? heimer Weg fant in Verwertung H nes im dicken identifiziert wer million in Redit der Tote aus M Wie die Ängere S wegen des vorz mehr feststellen.

